

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Marlies Volkmer, Karin Roth (Esslingen),
Petra Ernstberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/5486 –**

Gesundheit ist ein globales öffentliches Gut – Rolle der Weltgesundheits- organisation WHO in der „Global Health Governance“ stärken

A. Problem

Nach Auffassung der Antragsteller lässt sich Gesundheitsvorsorge nicht mehr ausschließlich auf nationaler Ebene organisieren. In einer zunehmend interdependenten Welt hänge die Gesundheit in einem Land auch von den Lebensbedingungen sowie vom Stand der Prävention und der Behandlung von Krankheiten in allen anderen Ländern ab. Die bestehenden Strukturen der „Global Health Governance“ stellten keine angemessene Antwort auf diese Herausforderungen dar. Vor allem werde die Weltgesundheitsorganisation WHO in ihrer Rolle als leitende und koordinierende Stelle des internationalen Gesundheitswesens nicht mehr angemessen wahrgenommen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Rolle der WHO als weltweit normsetzende Organisation in allen globalen Gesundheitsfragen international verbindlich festgeschrieben, eine nicht zweckgebundene, langfristige Finanzierung der wesentlichen Ziele sichergestellt, die Mitwirkung aller beteiligten Akteure, insbesondere von Nichtregierungsorganisationen, intensiviert und die Transparenz der Entscheidungen erhöht wird.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/5486 abzulehnen.

Berlin, den 11. Mai 2011

Der Ausschuss für Gesundheit

Dr. Carola Reimann
Vorsitzende

Stephan Stracke
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Stephan Stracke

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/5486** in seiner 105. Sitzung am 14. April 2011 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen. Außerdem hat er ihn zur Mitberatung an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antragsteller lässt sich Gesundheitsvorsorge nicht mehr ausschließlich auf nationaler Ebene organisieren. In einer zunehmend interdependenten Welt hänge die Gesundheit in einem Land auch von den Lebensbedingungen sowie vom Stand der Prävention und der Behandlung von Krankheiten in allen anderen Ländern ab. Die bestehenden Strukturen der „Global Health Governance“ stellten keine angemessene Antwort auf diese Herausforderungen dar. Vor allem werde die Weltgesundheitsorganisation WHO in ihrer Rolle als leitende und koordinierende Stelle des internationalen Gesundheitswesens nicht mehr angemessen wahrgenommen. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von „Global Health“ müsse die Funktion der WHO gestärkt werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Rolle der WHO als weltweit normsetzende Organisation in allen globalen Gesundheitsfragen international verbindlich festgeschrieben, eine nicht zweckgebundene, langfristige Finanzierung der wesentlichen Ziele sichergestellt, die Mitwirkung aller beteiligten Akteure, insbesondere von Nichtregierungsorganisationen, intensiviert und die Transparenz der Entscheidungen erhöht wird.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 38. Sitzung am 11. Mai 2011 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/5486 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 37. Sitzung am 11. Mai 2011 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/5486 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 40. Sitzung am 11. Mai 2011 die Beratungen über den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/5486 aufgenommen und abge-

schlossen. Als Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/5486 abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, dass in dem Antrag der Fraktion der SPD ebenso wie in dem dem Ausschuss zur Mitberatung überwiesenen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Teil begrüßenswerte Vorschläge enthalten seien. Diese liefen jedoch insofern ins Leere, als sich Deutschland wie kaum ein anderer Mitgliedstaat seit Jahren auf allen Ebenen aktiv in die Debatte zur Reform der WHO eingebracht habe. So engagiere sich Deutschland unter anderem für das Thema Fundraising und werde dabei mittlerweile von anderen Staaten unterstützt. Außerdem trete man dafür ein, die gesellschaftlichen Akteure stärker in die Entscheidungsprozesse der WHO einzubinden. Im Übrigen habe die Generaldirektorin der WHO, Margaret Chan, bei ihrem Besuch im Unterausschusses Gesundheit in Entwicklungsländern deutlich gemacht, dass die Forderung, die finanzielle Ausstattung der WHO zu erhöhen – wie sie auch von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhoben werde –, nicht ihren Intentionen entspreche. Dr. Margaret Chan verfolge vielmehr das Ziel, mit den vorhandenen Mitteln auszukommen und die Effizienz der Mittelverwendung zu erhöhen. Dies entspreche den Vorstellungen der Bundesregierung, die ebenfalls daran interessiert sei, den Budgetierungsprozess transparenter zu gestalten. Daher werde die Bundesregierung in ihrem Bestreben unterstützt, den Reformprozess der WHO auf dem eingeschlagenen Wege weiter voranzutreiben.

Die **Fraktion der FDP** wies darauf hin, dass sie den in dem Antrag enthaltenen Vorschlägen zur Reform der Finanzierung der WHO nicht zustimmen könnte. Die Behauptung, dass die Politik der WHO von den größten Beitragszahlern dominiert werde, sei unzutreffend. Vielmehr sei die Organisation in ihren Entscheidungen weitgehend unabhängig. Die zweckgebundenen freiwilligen Beiträge hätten schon in der Vergangenheit die Akzeptanz der WHO in den Geberländern erhöht. Dies sei wichtig, um dem in den Geberländern oft vorherrschenden Eindruck entgegenzutreten, dass man keinerlei Kontrolle über den Einsatz der an die Organisation transferierten Geldmittel habe. Nur dann, wenn die größten Beitragszahler auch einen Einblick in die Mittelverwendung hätten, lasse sich die Legitimation der Organisation auf Dauer sichern.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass bei der bevorstehenden Weltgesundheitsversammlung in Genf die Weichen für eine Reform der WHO gestellt würden. Weder die Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und FDP noch die Bundesregierung hätten zu diesem Vorhaben Stellung genommen. Angesichts der großen Bedeutung des Ereignisses halte man es jedoch für erforderlich, dass der Deutsche Bundestag sich hierzu positioniere. Da die WHO sich in neuerer Zeit auf Fragen der Gesundheitsversorgung in Entwicklungsländern konzentriert habe, nehme sie ihre eigentliche Aufgabe, sich für Ziele im Rahmen der globalen Gesundheit

zu engagieren, nur noch unzureichend wahr. Daher sei eine Strukturreform der WHO nötig, die vor allem drei Bereiche umfassen müsse: 1. eine grundlegende Reform der Finanzierung, 2. die Wiederherstellung der Fähigkeit, zu Fragen der Atomkraft unabhängig von der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) Stellung zu nehmen und 3. eine Erhöhung der Transparenz der Entscheidungsprozesse. Um die Gefahr einer einseitigen Interessenausrichtung zu bannen, müsse die Zivilgesellschaft an den Entscheidungen in gleichem Maße wie die Industrie beteiligt sein.

Die **Fraktion DIE LINKE**. erklärte, sie stimme mit der Intention des Antrags weitgehend überein, hielt aber den Feststellungsteil für widersprüchlich. Einerseits werde gefordert, Deutschland als drittgrößter Beitragszahler müsse ein entsprechend großes politisches Gewicht erhalten, andererseits werde zu Recht darauf hingewiesen, dass nicht derjenige, der am meisten zahle, die Ausrichtung bestimmen dürfe. Kritisch stehe man dem Satz gegenüber, Terrorangriffe mit Biowaffen oder Reaktorunfälle erforderten sicher-

heits- und gesundheitspolitisches Handeln. Betonen könne man auch soziale Entwicklungen oder die internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik im Hinblick auf verheerende soziale und damit gesundheitliche Folgen in den Entwicklungsländern.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legte dar, ihr eigener Antrag befasse sich schwerpunktmäßig mit der Gesundheitsversorgung in Entwicklungs- und Schwellenländern. Ebenso wie die Fraktion der SPD vertrete man grundsätzlich die Ansicht, dass die WHO die ihr nach den Vertragsgrundlagen zugeordnete Rolle nicht mehr ausreichend wahrnehme. Es sei daher richtig zu fordern, die WHO in ihrer koordinierenden Funktion zu stärken, um sie in die Lage zu versetzen, die Gesundheitsversorgung in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu verbessern. Übereinstimmung mit dem Antrag der Fraktion der SPD bestehe auch in Bezug auf die Kritik an dem Geheimvertrag zwischen der WHO und der IAEO. Der eigene Antrag nehme aber in allen genannten Fragen eine entschiedenere Position ein.

Berlin, den 11. Mai 2011

Stephan Stracke
Berichtersteller